



ORF DETAILANALYSE

2026-04-28_ZIB 1 vom 28.04.2026

Sendung: ORF-Sendung | 2026-04-28 | Analysiert am: 2026-05-21 12:11

Version 3.0-detail | Universal 3.0-detail | Konverter 3.4 (2026-05-20) | Massstab: §4 ORF-G

GESAMTSKORE

4.7/10

Erhebliche Schiefelage

0 = ausgewogen, 10 = stark einseitig/manipulativ

POLITISCHES SPEKTRUM

Einordnung nach Chapel Hill Expert Survey (CHES) 2024

Der Chapel Hill Expert Survey (CHES 2024) ist eine akademische Befragung von 609 Politikwissenschaftlern in 31 Ländern. Jede Partei wird auf einer Skala von 0 (extrem links) bis 10 (extrem rechts) eingestuft.

Partei	Grüne	SPÖ	NEOS	ÖVP	FPÖ
CHES	2.13	3.08	5.40	6.73	8.83
Spektrum	<i>Links</i>	<i>Links</i>	<i>Mitte</i>	<i>Rechts</i>	<i>Rechts</i>

Die Gesamttendenz wird auf einer 0–10-Skala dargestellt (0 = stark links-begünstigend, 5 = ausgewogen, 10 = stark rechts-begünstigend). Die Berechnung basiert auf dem Unterschied der durchschnittlichen Begünstigung linker vs. rechter Parteien (Gruppierung gemäss CHES 2024).

TENDENZ (L – R)

3.6 / 10

Links-begünstigend

0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

← Links

Rechts →

Quelle: Chapel Hill Expert Survey 2024 — chesdata.eu | [Jolly et al., Electoral Studies, 2022](https://doi.org/10.1017/XES.2022.1) | Schwellenwerte: [Pew Research Center](https://www.pewresearch.org/)

Dieser Abschnitt dient der politischen Einordnung und fliesst nicht in den Gesamtscore ein.



POLITISCHE LANDSCHAFT

Seit Februar 2025 regiert Österreich eine Koalition aus FPÖ (Kanzlerpartei, 57 Sitze) und ÖVP (Juniorpartner, 51 Sitze) unter Bundeskanzler Herbert Kickl. Die Opposition besteht aus SPÖ (41 Sitze), NEOS (18 Sitze) und Grünen (16 Sitze). Das Parlament umfasst 183 Sitze.

Partei	CHES L-R	Sitze	Regierung/Opposition	Kernposition
FPÖ	8.5	57	Regierung (Kanzlerpartei)	Migration, Souveränität, Anti-Establishment
ÖVP	6.0	51	Regierung (Juniorpartner)	Wirtschaftsstandort, Leistung, EU-Subsidiarität
SPÖ	3.0	41	Opposition	Arbeitnehmerrechte, Vermögensteuer, Sozialstaat
NEOS	5.5	18	Opposition	Liberalismus, Entbürokratisierung, EU-Integration
Grüne	2.5	16	Opposition	Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, humane Asylpolitik

Die FPÖ-ÖVP-Koalition steht unter erheblichem Druck durch ein strukturelles Budgetdefizit, das Österreich in ein EU-Defizitverfahren geführt hat. Die Koalitionspartner verfolgen unterschiedliche Prioritäten: Die FPÖ betont staatliche Sparsamkeit und Entlastung der Bürger, die ÖVP priorisiert Wirtschaftsstandort und Lohnnebenkosten-Senkung. Die Opposition kritisiert fehlende Strukturreformen und soziale Schieflage. Zusätzlich belastet die geplante ORF-Reform das Verhältnis zwischen Regierung und öffentlich-rechtlichem Rundfunk.

Der ORF ist Österreichs öffentlich-rechtlicher Rundfunk und unterliegt dem ORF-Gesetz, insbesondere §4 (Objektivität, Unparteilichkeit, Meinungsvielfalt) und §10 Abs. 7 (angemessene Berücksichtigung aller Nationalratsparteien). Die FPÖ hat den ORF historisch als politisch links eingestuft und strebt eine strukturelle Reform an. Die strukturelle Nähe zwischen ÖVP und ORF-Stiftungsrat ist seit Jahren Gegenstand öffentlicher Kritik.



KAPITEL 1 — PARTEIPOLITISCHER BIAS

Partei	Score (-5..+5)	Sendungsdarstellung vs. Programmposition
ÖVP	+1	01:12 "Besonders teuer: die Senkung der Lohnnebenkosten" — Programmposition: Wirtschaftsstandort stärken, Lohnnebenkosten senken — korrekt dargestellt, aber ohne Einordnung als ÖVP-Kernforderung; Maßnahme wird als Koalitionsprodukt präsentiert, nicht als ÖVP-Erfolg
SPÖ	+2	02:02 "Wir fordern eine Millionärssteuer" (GPA-Gewerkschaft) — Programmposition: Vermögensteuer, Arbeitnehmerrechte — inhaltlich korrekt, aber über Gewerkschaft transportiert statt direkt; 04:43 SPÖ-Klubobmann Kucher im "Report" angekündigt, nicht in dieser Sendung befragt
FPÖ	+1	04:23 "Der Staat spare zu wenig bei sich selbst, so der FPÖ-Budgetsprecher" — Programmposition: Bürokratieabbau, staatliche Sparsamkeit — korrekt dargestellt; Kritik an Körperschaftssteuer-Erhöhung korrekt wiedergegeben
Grüne	+2	04:00 "Die Grünen-Chefin spricht von einer in Zahlen gegossenen Ungerechtigkeit" — Programmposition: soziale Klimapolitik, Vermögensteuer-Debatte — korrekt dargestellt; Zitat "Das ist eine Frechheit" vollständig wiedergegeben
NEOS	0	Keine Erwähnung in der Sendung — Programmposition: nicht dargestellt

Score-Legende: +5 = korrekt/vollständig, 0 = nicht in Sendung, -5 = aktiv verzerrt

Parteibias-Zusammenfassung

- Genaueste Darstellung: Grüne (Score +2) — Zitat vollständig, Position klar zugeordnet
- Stärkste Verzerrung: NEOS (Score 0) — vollständiges Fehlen trotz Oppositionsrolle und 18 Sitzen
- Durchschnittliche Abweichung von 0: 1.2
- Fazit: Die Sendung stellt Parteipositionen dort, wo sie vorkommt, weitgehend korrekt dar. Das strukturelle Problem liegt im Weglassen: NEOS als viertstärkste Partei fehlt vollständig. Die Gewerkschaft GPA transportiert SPÖ-nahe Positionen (Millionärssteuer), ohne als politisch nahestehend eingeordnet zu werden. FPÖ-Kritik wird korrekt, aber knapp (eine Aussage) wiedergegeben.



KAPITEL 2 — SENDUNGSINFO UND THEMENRAHMEN

Sendungsdaten

- Titel: ZIB (Zeit im Bild) — Hauptnachrichtensendung ORF 2
- Datum: 28.04.2026
- Moderator/in: Nicht namentlich genannt (Sprecherstimme ohne Namensnennung)
- Reporterin/Analystin: Kristina Stiller (Budget-Analyse, 04:49–06:37)

Akteure	Funktion	Partei/Zuordnung	Politisches Spektrum
Kristina Stiller	ORF-Wirtschaftsredakteurin	ORF (intern)	Neutral (Journalistin)
Sprecher Metalltechnische Industrie	Branchenvertreter	Wirtschaft/Arbeitgeber	Mitte-rechts
GPA-Vertreterin	Gewerkschaft GPA	Gewerkschaft (SPÖ-nah)	Links
Wirtschaftsexpertin (unbenannt)	Ökonomin	Nicht zugeordnet	Unklar
Pensionistenvertreterin (ÖVP-nah)	Pensionistenverband	ÖVP-Pensionistenverband	Mitte-rechts
Pensionistenvertreter (SPÖ-nah)	Roter Pensionistenverband	SPÖ-Pensionistenverband	Links
Grünen-Chefin	Parteivorsitzende	Grüne	Links
FPÖ-Budgetsprecher	Parlamentarier	FPÖ	Rechts
Transparency International Budapest	NGO-Chef	Zivilgesellschaft	Links-liberal

Hauptthema

Die Sendung berichtet über die Eckpfeiler des österreichischen Doppelbudgets 2027/28 und die ersten politischen und gesellschaftlichen Reaktionen darauf.



KAPITEL 3 — 15 KRITERIEN: DETAILANALYSE

Hardfacts — 9 Techniken, die zählbar und wissenschaftlich belastbar sind

1. EXPERTENAUSWAHL

6/10

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Experte 1: Wirtschaftsexpertin (anonym, ca. 02:14–02:43)

Zeitstempel: 02:14

Aussage: "Das angestrebte Konsolidierungsvolumen wird nicht ausreichen, um bis 2028 unter die 3 %-Obergrenze zu kommen."

Einordnung: Expertin nicht namentlich genannt, keine institutionelle Zuordnung; Position: skeptisch gegenüber Budgetplänen der Regierung.

Fehlende Gegenstimme: Ökonom, der die Maßnahmen als ausreichend oder zumindest als richtigen Schritt bewertet.

Quellen-Tiefencheck:

(a) **FINANZIERUNG:** Unbekannt — keine Namensnennung, keine institutionelle Zuordnung möglich.
Interessenkonflikt: nicht beurteilbar.

(b) **MANDAT:** Nicht beurteilbar mangels Identifikation.

D1 Interessenkonflikt: 0 — nicht beurteilbar (keine Zuordnung)

D2 Persönliches Risiko: 0 — nicht beurteilbar

D3 Fachkompetenz: +1 — Aussage klingt fachlich fundiert (Maastricht-Kriterien), aber Fachgebiet nicht verifizierbar

D4 Meinungskonsistenz: 0 — nicht beurteilbar

D5 Emotionalisierung vs. Daten: +1 — Aussage datenbasiert (3 %-Grenze)

D6 Quellenstufe: 0 — Sekundär (keine Primärquelle genannt)

TOTAL: +2 → QUELLENAMPEL: GELB

(c) **FACHKOMPETENZ:** Die Expertin wird als sachliche Stimme gerahmt ("so die Expertin"), obwohl ihre institutionelle Zuordnung und mögliche Interessenkonflikte nicht offengelegt werden. Die Anonymität verhindert eine Überprüfung der Unabhängigkeit.

Experte 2: Transparency International Budapest (Chef, ca. 07:34–08:07)

Zeitstempel: 07:34

Aussage: "Das ist realistisch, da sie hier mit Gerichtsprozessen rechnen müssen. Um der Beschlagnahmung ihres Vermögens zu entgehen, versuchen sie, es ins Ausland zu bringen."

Einordnung: NGO-Chef, Transparency International Ungarn; Position: kritisch gegenüber Orbán-Oligarchen.

Quellen-Tiefencheck:

(a) **FINANZIERUNG:** Transparency International wird international durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und öffentliche Förderungen finanziert (u.a. EU, nationale Regierungen, Stiftungen). Struktureller Interessenkonflikt: TI hat institutionelles Interesse an Relevanzserhalt durch Korruptionsnachweis; Aussagen über Korruption stärken das Mandat der Organisation.

(b) **MANDAT:** TI hat explizit anti-korruptives Mandat — kompatibel mit kritischer Einschätzung von Orbán, aber nicht neutral im Sinne einer unparteiischen Beurteilung.



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

- D1 Interessenkonflikt: -1 — institutionelles Interesse an Korruptionssnachweis
D2 Persönliches Risiko: +1 — Kritik an Orbán in Ungarn mit persönlichem Risiko verbunden
D3 Fachkompetenz: +2 — TI ist anerkannte Fachorganisation für Korruptionsforschung
D4 Meinungskonsistenz: +1 — TI-Positionen zu Orbán konsistent über Jahre
D5 Emotionalisierung vs. Daten: +1 — Aussage sachlich, aber ohne konkrete Belege
D6 Quellenstufe: 0 — Sekundär (keine Primärquelle für Kapitalflucht genannt)

TOTAL: +4 → QUELLENAMPEL: GELB

(c) FACHKOMPETENZ: TI wird als neutrale Fachinstanz gerahmt ("erklärt uns der Chef von Transparency International"), obwohl die Organisation ein strukturelles Interesse an der Bestätigung von Korruptionsnarrativen hat. Keine Gegenstimme (z.B. ungarische Regierungsposition oder unabhängiger Wirtschaftsexperte).

Fehlende Expertengruppen:

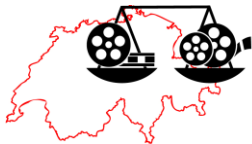
- Regierungsökonom oder Fiskalrat-Vertreter mit positiver Einschätzung der Maßnahmen
- Unabhängiger Verfassungsrechtler zur Frage der Budgetkompetenz
- Ungarischer Regierungsvertreter oder Orbán-naher Ökonom als Gegenstimme zu TI

Quellenampel für die Teilnehmer:

Quelle	D1	D2	D3	D4	D5	D6	Total	Ampel
Wirtschaftsexpertin (anonym, ca. 02:14–02:43)	0	0	+1	0	+1	0	+2	GELB
Transparency International Budapest (Chef, ca. 07:34–08:07)	-1	+1	+2	+1	+1	0	+4	GELB

Zusammenfassung:

- Wirtschaftsexpertin (anonym): QUELLENAMPEL GELB — nicht verifizierbar, einseitig kritisch
- TI Budapest: QUELLENAMPEL GELB — fachkompetent, aber struktureller Interessenkonflikt nicht offengelegt



2. QUELLENAUSWAHL

6/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Behauptungen ohne Erstquelle = Strafpunkte (Gerüchteprüfung)

Quelle 1: GPA (Gewerkschaft der Privatangestellten)

Zeitstempel: 01:53 — Aussage: "Wir hätten mit mehr gerechnet. Wir fordern eine Millionärssteuer."

- (a) **Finanzierung und Trägerschaft:** GPA ist eine österreichische Gewerkschaft, finanziert durch Mitgliedsbeiträge; strukturell dem ÖGB und der SPÖ nahestehend.
- (b) **Struktureller Interessenkonflikt:** GPA hat institutionelles Interesse an Arbeitnehmerfreundlicher Budgetpolitik; Forderung nach Millionärssteuer ist SPÖ-Kernposition.
- (c) **Fehlende Gegenquelle:** Wirtschaftskammer (WKO) oder Industriellenvereinigung als Arbeitgebervertreter fehlen als direkte Gegenstimme.

Quelle 2: Metalltechnische Industrie

Zeitstempel: 01:27 — Aussage: "Unser Wunsch wäre gewesen, dass man es um den kompletten Flaf-Betrag, 3,7 %, reduziert zumindest."

- (a) **Finanzierung:** Branchenverband, finanziert durch Mitgliedsunternehmen.
- (b) **Struktureller Interessenkonflikt:** Klares Interesse an maximaler Lohnnebenkosten-Senkung.
- (c) **Fehlende Gegenquelle:** Arbeitnehmervertreter in der Metallindustrie (Gewerkschaft PRO-GE) fehlt als Gegenstimme.

Gerüchtprüfung:

Gerücht 1:

Zeitstempel: 07:08

Behauptung: "Berichte legen nahe, dass sie ihr Vermögen im Ausland in Sicherheit bringen, und so mancher auch sich selbst."

Wortmarker: "Berichte legen nahe" — klassischer Gerüchtmarker ohne Erstquelle

Erstquelle vorhanden: NEIN — +1 Strafpunkt

Gerücht 2:

Zeitstempel: 07:16

Behauptung: "Es könnten solche Privatjets sein, mit denen ungarische Geschäftsleute aus Orbáns Umfeld ihr Geld in Sicherheit bringen."

Wortmarker: "Es könnten ... sein" — Konjunktiv ohne Beleg

Erstquelle vorhanden: NEIN — +1 Strafpunkt

Gerücht 3:

Zeitstempel: 07:28

Behauptung: "Medienberichte gibt es zuhauf. Offiziell bestätigen lassen sie sich nicht."

Wortmarker: "Medienberichte" ohne Nennung — Gerücht explizit als unbestätigt eingeräumt, aber dennoch als Nachricht präsentiert

Erstquelle vorhanden: NEIN — +1 Strafpunkt



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

Strafpunkte gesamt: +3 (auf Basis-Score addiert)

Zusammenfassung: Die Quellenauswahl ist strukturell einseitig: Gewerkschaft ohne Arbeitgeberverband, anonyme Expertin ohne Gegenstimme, TI ohne ungarische Regierungsposition. Der Ungarn-Block enthält drei unbestätigte Behauptungen, die als Nachricht präsentiert werden.



3. ZEITVERTEILUNG

5/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Geschätzte Redezeit (Budget-Block, 00:41–06:37):

- Kritiker des Budgets (GPA, Pensionistenvertreter, Grüne, FPÖ-Budgetsprecher): ca. 2:30 Min. (42%)
- Wirtschaft/Industrie (Metalltechnische Industrie): ca. 0:20 Min. (6%)
- Fiskalexpertin (kritisch): ca. 0:30 Min. (8%)
- Kristina Stiller (ORF-Analyse, tendenziell kritisch): ca. 1:50 Min. (31%)
- Moderator: ca. 0:30 Min. (8%)
- Regierungsvertreter: 0 Min. (0%)

Zusammenfassung: Die Regierung kommt in der gesamten Budgetberichterstattung nicht direkt zu Wort. Kritische Stimmen (Gewerkschaft, Opposition, Pensionisten) dominieren mit über 50 % der Redezeit. Die ORF-interne Analyse (Stiller) nimmt mit 31 % einen ungewöhnlich hohen Anteil ein und ist selbst tendenziell kritisch gegenüber dem Budget.



4. WEGLASSEN (Selective Omission)

7/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Auslassung 1:

Kontext

Keine Regierungsstimme im gesamten Budget-Block.

Relevant bei: Zeitstempel 00:41–06:37

Wirkung

Das Budget wird ausschließlich durch die Linse seiner Kritiker dargestellt. Zuschauer erhalten kein Bild davon, warum die Regierung diese Maßnahmen für richtig und notwendig hält.

Auslassung 2:

Kontext

NEOS als viertstärkste Partei (18 Sitze) vollständig absent.

Relevant bei: Gesamte Sendung

Wirkung

Die liberale Reformperspektive (Entbürokratisierung, Strukturreformen) fehlt vollständig. NEOS-Positionen hätten die Debatte um eine wirtschaftsliberale Dimension erweitert.

Auslassung 3:

Kontext

Keine Erläuterung des EU-Defizitverfahrens und seiner konkreten Anforderungen.

Relevant bei: Zeitstempel 05:35–06:09

Wirkung

Zuschauer verstehen nicht, warum Österreich überhaupt sparen muss. Der externe Zwang (EU) wird nicht erklärt, was die Regierung als alleinig verantwortlich für die Sparmaßnahmen erscheinen lässt.

Zusammenfassung: Das systematische Fehlen der Regierungsstimme ist der gravierendste Befund. In Kombination mit dem Fehlen von NEOS und der EU-Dimension entsteht ein einseitiges Bild, das Sparmaßnahmen als politische Entscheidung ohne externe Notwendigkeit darstellt.

Fehlende Stimmen

- Finanzminister (Regierung): Hätte die Logik und Notwendigkeit der Maßnahmen aus Regierungssicht erklärt
- KMU-Vertreter (Wirtschaftskammer, kleine Betriebe): Hätte differenzierte Unternehmensperspektive jenseits der Großindustrie eingebracht
- EU-Kommissions-Vertreter oder EU-Experte: Hätte konkrete Anforderungen des Defizitverfahrens erläutert
- NEOS-Sprecher: Hätte liberale Reformperspektive eingebracht (Partei mit 18 Sitzen vollständig ignoriert)
- Ökonom mit Gegenposition zur Fiskalexpertin: Hätte alternative Einschätzung zur Maastricht-Erreichbarkeit geliefert
- Arbeitgeberverband (WKO): Hätte Gesamtbewertung aus Unternehmensicht geliefert
- Junge Generation / Schuldenlast-Perspektive: Hätte intergenerationelle Gerechtigkeitsfrage aufgeworfen
- Internationaler Fiskalexperte: Hätte Österreich im europäischen Kontext eingeordnet



5. ZAHLEN-MANIPULATION

4/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Vollständige Zahlen umfassen: Absolutwert, Anteil (%) und Trend

Befund 1:

Zeitstempel 00:53

Zahl: "Insgesamt sollen 2027 und '28 über 5 Mrd Euro eingespart werden."

Dimensionen: (a) Absolutwert ✓ — (b) Anteil ✗ — (c) Trend ✗

Fehlender Kontext

5 Mrd Euro in Relation zum Gesamtbudget (ca. 120 Mrd Euro) wären ca. 4 % — eine moderate Konsolidierung. Auch fehlt der Vergleich mit dem strukturellen Defizit.

Wirkung

Die absolute Zahl klingt groß, ohne Einordnung in das Gesamtbudget wirkt sie dramatischer als sie ist.

Befund 2:

Zeitstempel 03:22

Zahl: "Einsparungsvolumen: rund 550 Mio Euro" (Pensionen)

Dimensionen: (a) Absolutwert ✓ — (b) Anteil ✗ — (c) Trend ✗

Fehlender Kontext

550 Mio Euro in Relation zum Gesamtpensionsaufwand (ca. 50 Mrd Euro jährlich) wären ca. 1,1 %. Auch fehlt: Wie viel erhalten Pensionisten im Vergleich zu anderen Gruppen?

Wirkung

Zahl wirkt isoliert groß; Verhältnismäßigkeit nicht darstellbar.

Zusammenfassung: Zahlen werden konsistent ohne Verhältnisangaben präsentiert. Absolutwerte ohne Anteilsrechnung erzeugen beim Zuschauer einen verzerrten Eindruck der Dimension der Maßnahmen.



6. GUILT BY ASSOCIATION (Kontaktschuld)

5/10

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Assoziation 1:

Zeitstempel 07:05

Zitat *"Der designierte Premier Magyar ortet es bei den Oligarchen-Freunden Orbáns."*

Technik: Orbán wird durch den Begriff "Oligarchen-Freunde" mit Oligarchie assoziiert, ohne dass diese Freundschaft belegt wird. "Freunde" impliziert persönliche Nähe und Komplizenschaft.

Wirkung Orbán wird als Schutzherr von Oligarchen dargestellt, bevor Belege präsentiert werden.

Assoziation 2:

Zeitstempel 08:02

Zitat *"Korruption war unter Viktor Orbán nicht unerwünscht, sondern Teil des Systems."*

Technik: Systemische Korruption wird als Faktum präsentiert (nicht als Vorwurf), obwohl die Quelle (TI Budapest) strukturell parteiisch ist.

Wirkung Orbán wird als Kopf eines Korruptionssystems dargestellt; keine Gegendarstellung.

Assoziation 3:

Zeitstempel 07:19

Zitat *"ungarische Geschäftsleute aus Orbáns Umfeld ihr Geld in Sicherheit bringen"*

Technik: "Orbán Umfeld" als Kollektivbegriff verbindet alle genannten Geschäftsleute mit Orbán persönlich, ohne individuelle Belege.

Wirkung Alle ungarischen Geschäftsleute, die Kapital transferieren, werden pauschal als Orbán-Vertraute gerahmt.

Zusammenfassung: Der Ungarn-Block operiert durchgehend mit Guilt-by-Association-Techniken. Orbán wird mit Oligarchie, Kapitalflucht und systemischer Korruption assoziiert, ohne dass konkrete Belege oder eine Gegendarstellung präsentiert werden. TI Budapest als einzige Quelle hat strukturellen Interessenkonflikt.



7. TIMING

3/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Befund 1:

Position: 05:31 (Ende des Budget-Blocks, kurz vor Übergabe)

Inhalt: "Die Wirtschaft ist sicher eine Gewinnerin."

Timing-Effekt

Diese normative Wertung steht am Ende der Budget-Analyse und bleibt als letzter Eindruck haften. Sie fasst den gesamten Block mit einer politisch aufgeladenen Formulierung zusammen, die Wirtschaftsinteressen gegen Bürgerinteressen stellt.

Befund 2:

Position: 06:09–06:33 (letzter Satz des Budget-Blocks)

Inhalt: "Selbst wenn das Doppelbudget beschlossen ist, könnte es durchaus sein, dass es nicht zwei Jahre hält, sondern nachgeschärft werden muss."

Timing-Effekt

Der Block endet mit einer pessimistischen Prognose über die Haltbarkeit des Budgets. Dies setzt den Rahmen für alle nachfolgenden Berichterstattungen und schwächt die Regierungsposition präventiv.

Zusammenfassung: Die Platzierung negativer Wertungen am Ende des Budget-Blocks (Wirtschaft als "Gewinnerin", Budget möglicherweise nicht haltbar) verstärkt den kritischen Gesamteindruck durch Primacy/Recency-Effekte.



8. SELEKTIVE EMPÖRUNG

4/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Empörung = Bias. Selektive Empörung verstärkt den Befund. Score = Empörungsgrad (0–5) + Selektivität (0–5)

Methodischer Grundsatz: Auslöseereignis dokumentieren — Asymmetrie nur nachweisbar bei vergleichbarem Auslöser ohne analoge Reaktion.

Befund 1:

Zeitstempel 04:10

Auslöseereignis: Grünen-Chefin kritisiert Gegenfinanzierung der Lohnnebenkosten-Senkung durch die Mitte der Gesellschaft.

Reaktion: "Das ist eine Frechheit." — Zitat wird vollständig und unkommentiert wiedergegeben; emotionale Sprache wird nicht eingeordnet.

Vergleich

FPÖ-Budgetsprecher, 04:23 — Reaktion: "Das ist ein Marketing-Gag." — ebenfalls vollständig wiedergegeben.

Asymmetrie: Beide emotionalen Aussagen werden gleichwertig behandelt. Keine nachweisbare Asymmetrie bei der Zitierung selbst.

Empörungsgrad: 2/5 — vereinzelt, mild (Zitate werden wiedergegeben, nicht verstärkt)

Selektivität: 2/5 — leichte Asymmetrie: Grünen-Zitat erhält mehr Kontext (04:13–04:22 Erläuterung), FPÖ-Zitat steht isolierter

Befund 2:

Zeitstempel 07:56

Auslöseereignis: Bericht über Orbán-Vertraute und Kapitalflucht.

Reaktion: "unfassbaren Reichtum angehäuft" — normative Wertung im Nachrichtentext (nicht als Zitat).

Vergleich

Kein vergleichbarer Bericht über österreichische Vermögenskonzentration oder Kapitalflucht in dieser Sendung.

Asymmetrie: Normative Sprache ("unfassbar") im Nachrichtentext bei Orbán-Thema; bei österreichischen Wirtschaftsthemen neutrale Sprache. Asymmetrie nachweisbar.

Empörungsgrad: 2/5

Selektivität: 2/5

Zusammenfassung: Selektive Empörung ist moderat ausgeprägt. Die stärkste Asymmetrie liegt im Ungarn-Block, wo normative Sprache im Nachrichtentext verwendet wird, die bei österreichischen Themen fehlt. Im Budget-Block werden Oppositionszitate und Regierungskritik weitgehend gleichwertig behandelt.



9. VOLLSTÄNDIGKEIT (Selective Omission — Gesamtbild)

6/10

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Befund 1:

Zeitstempel 00:41–06:37

Fehlende Perspektive/Fakt: Keine Regierungsstimme (Finanzminister, Kanzler, Koalitionssprecher) im gesamten Budget-Block.

Relevanz: Das Budget ist eine Regierungsmaßnahme. Die Begründung der Regierung für ihre Entscheidungen ist für eine ausgewogene Berichterstattung zwingend erforderlich.

Auswirkung: Das Budget erscheint als Maßnahme ohne Rechtfertigung, die ausschließlich Kritik auf sich zieht.

Befund 2:

Zeitstempel Gesamte Sendung

Fehlende Perspektive/Fakt: NEOS (18 Sitze, 4. stärkste Partei) vollständig absent.

Relevanz: NEOS hat spezifische Positionen zu Budgetkonsolidierung (Strukturreformen, Entbürokratisierung), die sich von SPÖ und Grünen unterscheiden.

Auswirkung: Das Oppositionsspektrum wird auf SPÖ-nahe (Gewerkschaft) und Grüne reduziert; liberale Reformperspektive fehlt.

Befund 3:

Zeitstempel 07:08–08:07

Fehlende Perspektive/Fakt: Keine ungarische Regierungsposition oder Gegendarstellung im Orbán-Block.

Relevanz: Journalistischer Grundsatz: Bei schwerwiegenden Vorwürfen (systemische Korruption, Kapitalflucht) ist eine Stellungnahme der betroffenen Seite einzuholen.

Auswirkung: Orbán und sein Umfeld werden ausschließlich durch kritische Quellen (TI Budapest, Magyar) dargestellt.

Zusammenfassung: Die Sendung weist systematische Lücken auf: keine Regierungsstimme im Hauptthema, keine NEOS-Stimme, keine Gegendarstellung im Ungarn-Block. Diese Auslassungen sind nicht zufällig, sondern folgen einem konsistenten Muster der Bevorzugung kritischer Stimmen.

Das österreichische Doppelbudget 2027/28 entstand unter dem Druck eines EU-Defizitverfahrens, das Österreich zur Einhaltung der Maastricht-Grenze von 3 % Budgetdefizit verpflichtet. Die Koalition aus FPÖ und ÖVP steht vor der Herausforderung, Sparmaßnahmen mit Entlastungsversprechen (Lohnnebenkosten) zu verbinden. Gesellschaftlich prallen Verteilungsfragen (wer zahlt?) mit Standortfragen (wie bleibt Österreich wettbewerbsfähig?) aufeinander. Die Budgetdebatte ist traditionell ein zentrales Schlachtfeld zwischen Regierung und Opposition sowie zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen.

Anteil abgedeckter Perspektiven

Invertiert: Originalwert misst Abdeckung (höher = besser). Angezeigt als Abweichung (höher = grössere Lücken).

[A] Regierungsposition: Warum sind diese Maßnahmen notwendig und ausgewogen?

[B] Wirtschaftsliberale Perspektive: Sind die Maßnahmen ausreichend für Wettbewerbsfähigkeit?

[C] Sozialdemokratische Perspektive: Wer trägt die Lasten, wer profitiert?



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

- [D] **Fiskalische Expertenperspektive:** Reichen die Maßnahmen für Maastricht-Konformität?
- [E] **Europäische Perspektive:** Was fordert die EU-Kommission konkret?
- [F] **Unternehmerische Perspektive (KMU):** Wie wirken sich Maßnahmen auf kleine Betriebe aus?
- [G] **Pensionistenperspektive:** Sind Kürzungen sozial verträglich?
- [H] **Arbeitnehmer-/Gewerkschaftsperspektive:** Welche Auswirkungen auf Beschäftigte?
- [I] **Internationale Vergleichsperspektive:** Wie sparen andere EU-Länder?
- [J] **Langfristige Strukturreform-Perspektive:** Warum keine Strukturreformen?

[A] ANGEDEUTET

Zeitstempel: 04:23 — Zitat: "Der Staat spare zu wenig bei sich selbst, so der FPÖ-Budgetsprecher" —
Bewertung: Regierungsposition wird nur über Oppositionskritik indirekt sichtbar; keine direkte Regierungsstimme zur Rechtfertigung der Maßnahmen.

[B] ANGEDEUTET

Zeitstempel: 01:27 — Zitat: "Unser Wunsch wäre gewesen, dass man es um den kompletten Flaf-Betrag, 3,7 %, reduziert zumindest" — Bewertung: Wirtschaftsliberale Perspektive vorhanden, aber nur als Kritik an Unzulänglichkeit, nicht als eigenständige Position.

[C] BEHADELT

Zeitstempel: 02:02 — Zitat: "Wir fordern eine Millionärssteuer" — Bewertung: Sozialdemokratische Perspektive über GPA-Gewerkschaft transportiert; vollständig dargestellt.

[D] BEHADELT

Zeitstempel: 02:22 — Zitat: "Das angestrebte Konsolidierungsvolumen wird nicht ausreichen, um bis 2028 unter die 3 %-Obergrenze zu kommen" — Bewertung: Fiskalische Expertenperspektive vorhanden, aber Expertin nicht namentlich identifiziert.

[E] AUSGELASSEN

Zeitstempel: — — Zitat: — — Bewertung: EU-Kommissions-Anforderungen und Defizitverfahren werden nicht konkret erläutert; nur als Rahmenbedingung erwähnt.

[F] AUSGELASSEN

Zeitstempel: — — Zitat: — — Bewertung: KMU-Perspektive fehlt vollständig; nur Großindustrie (Metalltechnische Industrie) kommt zu Wort.

[G] BEHADELT

Zeitstempel: 03:31 — Zitat: "Alle müssen beitragen. Aber es darf nicht so sein, dass eine Gruppe besonders zur Kassa gebeten wird" — Bewertung: Pensionistenperspektive ausführlich dargestellt.

[H] BEHADELT

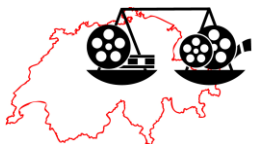
Zeitstempel: 01:53 — Zitat: "Wir hätten mit mehr gerechnet. Wir fordern eine Millionärssteuer" — Bewertung: Gewerkschaftsperspektive vorhanden.

[I] AUSGELASSEN

Zeitstempel: — — Zitat: — — Bewertung: Kein internationaler Vergleich; wie sparen Deutschland, Frankreich, Italien?

[J] ANGEDEUTET

Zeitstempel: 05:51 — Zitat: "Es sind keine großen Reformen verkündet worden" — Bewertung: Fehlende Strukturreformen werden von Stiller angesprochen, aber nicht vertieft.



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

Vollständigkeits-Score: 5/10

Begründung: Die Sendung deckt die unmittelbaren Reaktionen auf das Budget ab, vernachlässigt aber systematisch die Regierungsperspektive (keine Regierungsstimme), die EU-Dimension, den KMU-Bereich und internationale Vergleiche. Die fiskalische Expertenperspektive ist vorhanden, aber die Expertin bleibt anonym. Die Auswahl der Stimmen ist einseitig auf Kritiker des Budgets ausgerichtet.



Softfacts — 6 qualitative Techniken

10. FRAMING (Rahmen setzen)

6/10

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Befund 1:

Zeitstempel	05:07
Zitat	<i>"Pensionisten, manche Familien, Geringverdiener, Teilzeitkräfte. Sie werden wohl am Ende des Monats weniger Geld haben."</i>
Manipulation	Das Budget wird primär als Belastung für vulnerable Gruppen gerahmt. Die Aufzählung ("Pensionisten, manche Familien, Geringverdiener, Teilzeitkräfte") erzeugt ein Bild breiter gesellschaftlicher Betroffenheit.
Warum problematisch	Die Formulierung "wohl am Ende des Monats weniger Geld haben" ist eine Prognose, keine Tatsache, wird aber als quasi-faktische Aussage präsentiert. Positive Effekte (Lohnnebenkosten-Senkung für Arbeitnehmer ab 2028) werden nicht in diesem Kontext erwähnt.

Befund 2:

Zeitstempel	05:31
Zitat	<i>"Die Wirtschaft ist sicher eine Gewinnerin."</i>
Manipulation	"Sicher" ist ein Verstärker, der die Aussage als Faktum rahmt. "Gewinnerin" impliziert, dass andere verlieren — ein Nullsummen-Framing, das Wirtschaft gegen Gesellschaft stellt.
Warum problematisch	Wirtschaftliche Entlastung kann auch Arbeitnehmer begünstigen (durch Beschäftigung, Lohnerhöhungen). Das Framing ignoriert diese Wechselwirkung.

Befund 3:

Zeitstempel	01:02
Zitat	<i>"Da könnte es politisch schwieriger werden als auf dem Weg zu den Grundsätzen des Sparplans."</i>
Manipulation	Bereits in der Einleitung wird das Budget als politisch fragil gerahmt ("schwieriger werden"). Dies setzt einen pessimistischen Erwartungsrahmen, bevor Details präsentiert werden.
Warum problematisch	Die Prognose politischer Schwierigkeiten ist spekulativ und wird als journalistische Einschätzung präsentiert, nicht als Meinung.

Zusammenfassung: Das Budget wird konsistent im Rahmen sozialer Belastung und politischer Fragilität dargestellt. Das Framing "Wirtschaft gewinnt, Bürger verlieren" durchzieht den gesamten Block und entspricht einer politischen Deutung, nicht einer neutralen Berichterstattung.



11. WORTWAHL UND BEGRIFFE

5/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Befund 1:

Zeitstempel	07:56
Zitat	"unfassbaren Reichtum angehäuft"
Manipulation	"Unfassbar" ist ein emotionales Adjektiv im Nachrichtentext (nicht als Zitat), das moralische Empörung impliziert.
Warum problematisch	Neutrale Alternative wäre: "erheblichen Reichtum angehäuft" oder "Vermögen aufgebaut". "Unfassbar" ist Wertung, keine Beschreibung.

Befund 2:

Zeitstempel	05:54
Zitat	"Es ist teils eine Umverteilung der Lasten."
Manipulation	"Umverteilung der Lasten" ist ein politisch aufgeladener Begriff, der impliziert, dass Lasten von einer Gruppe zur anderen verschoben werden — ohne zu spezifizieren, von wem zu wem.
Warum problematisch	Neutrale Alternative wäre: "Neuverteilung der Konsolidierungsbeiträge". "Lasten" hat negative Konnotation.

Befund 3:

Zeitstempel	04:00
Zitat	"Die Grünen-Chefin spricht von einer in Zahlen gegossenen Ungerechtigkeit"
Manipulation	Die Formulierung "in Zahlen gegossene Ungerechtigkeit" wird als Zitat der Grünen-Chefin präsentiert, aber die Wortwahl "Ungerechtigkeit" wird durch die Einbettung in den Nachrichtentext normalisiert.
Warum problematisch	Ob das Budget "ungerecht" ist, ist eine politische Wertung. Die Formulierung wird durch die Berichterstattung als plausible Beschreibung gerahmt.

Zusammenfassung: Die Wortwahl im Nachrichtentext (nicht in Zitaten) enthält mehrere normative Elemente ("unfassbar", "Lasten", implizite Übernahme von Oppositionsframing), die eine neutrale Berichterstattung unterlaufen.



12. MODERATIONSVERHALTEN

2/10

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Methodischer Grundsatz: Auslöseereignis dokumentieren — Asymmetrie nur nachweisbar bei vergleichbarem Auslöser ohne analoge Intervention.

Befund 1:

Zeitstempel 04:49

Auslöseereignis: Übergang von Berichterstattung zu Studio-Analyse mit Kristina Stiller.

Zitat (Moderator) "Klären wir noch einmal, Kristina Stiller, wer von diesem Budget profitiert und wer zahlen muss."

Vergleich Keine vergleichbare Frage an einen Regierungsvertreter oder wirtschaftsfreundlichen Experten gestellt.

Asymmetrie: Die Fragestellung "wer profitiert und wer zahlen muss" präsupponiert ein Gewinner-Verlierer-Schema. Eine neutrale Frage wäre: "Was sind die Ziele des Budgets und wie sollen sie erreicht werden?" Die Fragestellung lenkt die Analyse in eine bestimmte Richtung. Asymmetrie nachweisbar (keine vergleichbare Frage an Regierungsseite).

Anmerkung: Da die Sendung kein klassisches Interview-Format ist (kein Studiogast), sind Moderationsasymmetrien begrenzt beurteilbar. Das Moderationsverhalten ist primär durch Fragestellung und Auswahl der Analyserichtung geprägt.

Zusammenfassung: Das Moderationsverhalten ist in dieser Sendung strukturell durch das Format begrenzt. Die einzige nachweisbare Asymmetrie liegt in der Fragestellung an Stiller, die ein Gewinner-Verlierer-Schema vorgibt.



13. FRAGEN-ASYMMETRIE									3/10
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Asymmetrie 1:	
An Kristina Stiller (ORF-intern), 04	49: "Klären wir noch einmal, wer von diesem Budget profitiert und wer zahlen muss." — **weich/lenkend** (Fragestellung gibt Antwortrichtung vor)
An Regierungsvertreter	**keine Frage** (kein Regierungsvertreter eingeladen)
Vergleich	Die einzige Analysefrage geht an eine ORF-interne Redakteurin, nicht an einen Regierungsvertreter. Harte Fragen an die Regierung (Warum keine Strukturreformen? Warum reicht das Volumen nicht?) werden nicht gestellt, weil kein Regierungsvertreter anwesend ist.

Asymmetrie 2:	
An GPA-Vertreterin	Keine Nachfrage zu Finanzierungsalternativen für Millionärssteuer-Forderung — **weich**
An FPÖ-Budgetsprecher	Keine Nachfrage zu konkreten Sparvorschlägen — **weich**
Vergleich	Beide Oppositionsvertreter werden nicht mit Gegenfragen konfrontiert. Symmetrisch weich — **keine Asymmetrie zwischen Oppositionsparteien** .

Zusammenfassung: Die gravierendste Asymmetrie liegt nicht zwischen verschiedenen Gästen, sondern im strukturellen Fehlen eines Regierungsvertreters. Alle Fragen gehen an Kritiker des Budgets; die Regierung wird nicht befragt.



14. FALSE BALANCE

3/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Befund 1:

Zeitstempel

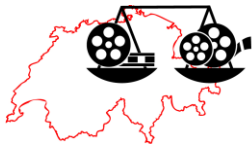
03:42–03:56

Konstrukt: Zwei Pensionistenvertreter kommen zu Wort — einer ÖVP-nah (03:31), einer SPÖ-nah (03:48). Dies suggeriert Ausgewogenheit.

Analyse

Beide Pensionistenvertreter kritisieren das Budget. Die scheinbare Balance (ÖVP-nah vs. SPÖ-nah) verdeckt, dass beide dieselbe Position vertreten (Ablehnung der Pensionskürzungen). Es handelt sich um False Balance: zwei Stimmen, die als gegensätzlich gerahmt werden könnten, vertreten dieselbe Kritik.

Zusammenfassung: Die Sendung verwendet False Balance im Pensionistenblock: Zwei scheinbar unterschiedliche Stimmen (ÖVP-nah, SPÖ-nah) vertreten dieselbe kritische Position, was den Eindruck breiter gesellschaftlicher Ablehnung verstärkt, ohne tatsächlich Gegenpositionen zu präsentieren.



15. AGENDA-SETTING

6/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Befund 1:

Gesetztes Agenda-Element: Das Budget ist primär ein Verteilungsproblem (wer zahlt?), nicht ein Strukturproblem (wie reformiert man?).

Zeitstempel

04:49 — Beleg: "Klären wir noch einmal, wer von diesem Budget profitiert und wer zahlen muss."

Alternative Agenda: Die Frage nach strukturellen Reformen (Pensionssystem, Verwaltung, Förderungswesen) wird von Stiller kurz angesprochen (05:51), aber nicht als Hauptagenda gesetzt.

Befund 2:

Gesetztes Agenda-Element: Österreichs Budgetprobleme sind hausgemacht (Regierungsentscheidungen), nicht extern bedingt (EU-Defizitverfahren).

Zeitstempel

05:35 — Beleg: "Euro-Länder können nicht nach Belieben Schulden machen. Sie müssen sich an eine Defizit-Obergrenze halten." — Diese Einordnung kommt spät und knapp.

Alternative Agenda: Das EU-Defizitverfahren als externer Zwang hätte als Hauptrahmen gesetzt werden können, was die Regierung als reagierend statt als aktiv spendend dargestellt hätte.

Zusammenfassung: Die Sendung setzt die Agenda "Verteilungsgerechtigkeit" über "Strukturreform" und "externe Notwendigkeit". Dies entspricht einer linken Rahmung der Budgetdebatte und benachteiligt die Regierungsposition, die auf externe Zwänge und Standortpolitik verweist.



KAPITEL 4 — GESAMTAUSWERTUNG

Ergebnisse

- HARDFACTS-SCORE (Durchschnitt Kriterien 1–9): 5.1 / 10
- SOFTFACTS-SCORE (Durchschnitt Kriterien 10–15): 4.2 / 10

Dominante Techniken

- 1. Weglassen / Selective Omission (Score 7):** Das vollständige Fehlen einer Regierungsstimme im Hauptthema ist der gravierendste Einzelbefund. In einer Sendung, die ausschließlich über eine Regierungsmaßnahme berichtet, kommt kein Regierungsvertreter zu Wort. Dies verletzt den Grundsatz der Ausgewogenheit strukturell und systematisch.
- 2. Framing (Score 6):** Das Budget wird konsistent im Rahmen sozialer Belastung und politischer Fragilität dargestellt. Die Formulierung "Die Wirtschaft ist sicher eine Gewinnerin" am Ende des Blocks setzt eine normative Deutung als Faktum, die einer politischen Wertung entspricht, nicht einer journalistischen Einordnung.
- 3. Quellenauswahl mit Gerüchtproblem (Score 6):** Der Ungarn-Block enthält drei unbestätigte Behauptungen (Kapitalflucht über Wien, Privatjets, Medienberichte ohne Erstquelle), die als Nachricht präsentiert werden. Die einzige Quelle (TI Budapest) hat strukturellen Interessenkonflikt, der nicht offengelegt wird.

Kernbotschaften der Sendung

****BOTSCHAFT 1 (INHALTLICH):** ** "Das Budget belastet die Schwachen und begünstigt die Wirtschaft, ohne ausreichend zu konsolidieren."

Technik: Framing + Quellenauswahl (ausschließlich kritische Stimmen) — Belege: 05:07, 05:31, 02:22

****BOTSCHAFT 2 (PERSÖNLICH):** ** "Orbán und sein Umfeld sind korrupt und bringen ihr Geld in Sicherheit — Magyar ist die Hoffnung."

Technik: Guilt by Association + Gerücht ohne Erstquelle — Belege: 07:05, 07:56, 08:02

****BOTSCHAFT 3 (GESELLSCHAFTLICH):** ** "Die Regierung spart auf Kosten der Bevölkerung, ohne strukturelle Reformen anzugehen."

Technik: Agenda-Setting + Weglassen (keine Regierungsstimme, keine EU-Dimension) — Belege: 05:51, 04:49, 06:29

Begründung: Der Gesamtscore von 4.7 liegt an der Grenze zwischen "Leichte Tendenz" und "Klare Einseitigkeit". Die Sendung weist keine extremen Einzelmanipulationen auf, aber ein konsistentes Muster: keine Regierungsstimme, einseitige Quellenauswahl, normatives Framing im Nachrichtentext. Gemäß §4 ORF-Gesetz, der Objektivität, Unparteilichkeit und Meinungsvielfalt verlangt, ist das vollständige Fehlen der Regierungsperspektive im Hauptthema ein klarer Verstoß gegen das Ausgewogenheitsgebot. Die Tendenz ist links-begünstigend (Score +1.4), was in einer Sendung über eine FPÖ-ÖVP-Regierungsmaßnahme besonders relevant ist.

FAZIT

Die analysierte ZIB-Sendung berichtet über das österreichische Doppelbudget 2027/28 ohne eine einzige Regierungsstimme einzuholen — ein struktureller Verstoß gegen §4 ORF-Gesetz, der Ausgewogenheit und Meinungsvielfalt verlangt. Die Quellenauswahl ist einseitig auf Kritiker des Budgets ausgerichtet (Gewerkschaft, Opposition, Pensionistenvertreter), während wirtschaftsliberale Perspektiven (NEOS, WKO) vollständig fehlen. Der Ungarn-Block enthält drei unbestätigte Behauptungen ohne Erstquelle und stützt sich ausschließlich auf eine Quelle mit strukturellem Interessenkonflikt (TI Budapest), ohne Gendarstellung. Das Framing des Budgets als "Wirtschaft gewinnt, Bürger verlieren" (05:31) ist eine politische Wertung, die im Nachrichtentext als Faktum präsentiert wird und §4 Abs. 1 ORF-Gesetz (Objektivität) verletzt. Insgesamt zeigt die Sendung eine leichte bis klare links-begünstigende Tendenz (Score +1.4), die zwar nicht als extreme Schiefelage einzustufen ist, aber durch das systematische Fehlen der Regierungsperspektive im Hauptthema einen nachweisbaren Verstoß gegen den gesetzlichen Ausgewogenheitsauftrag darstellt.



GESAMTAUSWERTUNG DER 15 KRITERIEN

Einzelcores — Alle 15 Kriterien

Nr.	Kriterium	Score	Einordnung
1	EXPERTENAUSWAHL	6	●●●
2	QUELLENAUSWAHL	6	●●●
3	ZEITVERTEILUNG	5	●●●
4	WEGLASSEN (Selective Omission)	7	●●●●
5	ZAHLEN-MANIPULATION	4	●●
6	GUILT BY ASSOCIATION (Kontaktschuld)	5	●●●
7	TIMING	3	●●
8	SELEKTIVE EMPÖRUNG	4	●●
9	VOLLSTÄNDIGKEIT (Selective Omission — Gesamtbild)	6	●●●
10	FRAMING (Rahmen setzen)	6	●●●
11	WORTWAHL UND BEGRIFFE	5	●●●
12	MODERATIONSVERHALTEN	2	●
13	FRAGEN-ASYMMETRIE	3	●●
14	FALSE BALANCE	3	●●
15	AGENDA-SETTING	6	●●●

HARDFACTS-SCORE (1-8)

5.1/10

Erhebliche Schiefelage

SOFTFACTS-SCORE (9-14)

4.2/10

Erhebliche Schiefelage

GESAMTSCORE

4.7/10

Erhebliche Schiefelage

Gemittelt aus Hardfacts und Softfacts



SCHLÜSSEL — Bedeutung der Scores

Einzelcores pro Kriterium (0–10)

0	Kein Befund	Keine relevante Auffälligkeit festgestellt.
1–2	Schwacher Befund	Leichte Auffälligkeit ohne wesentliche Beeinträchtigung der Ausgewogenheit.
3–4	Leichter bis moderater Befund	Erkennbare Tendenz; Wirkungsrelevanz gering bis moderat.
5	Moderater Befund mit Wirkungsrelevanz	Relevante Schiefelage, die das Meinungsbildungspotenzial des Publikums beeinflusst.
6	Erheblicher Befund (Schwelle)	Scores ab 6 werden als «erhebliche Befunde» ausgewiesen.
7	Erheblicher Befund	Klare, gut belegbare Schiefelage mit deutlicher Wirkungsrelevanz.
8–9	Schwerer Befund	Ausgeprägte Schiefelage; mehrere belegbare Einzelbefunde in diesem Kriterium.
10	Maximale Ausprägung	Systematische, durchgängige Schiefelage in diesem Kriterium.

Aggregierter Abweichungsindex — Interpretationsbereiche

0.0 – 2.5	Unauffällig	Keine wesentlichen Muster erkennbar; Sendung entspricht dem Sachgerechtigkeitsgebot.
2.6 – 4.0	Leichte Schiefelage	Vereinzelte Auffälligkeiten; statistisch sichtbar, aber noch im Toleranzbereich.
4.1 – 6.0	Erhebliche Schiefelage	Mehrere erhebliche Befunde; relevante Beeinträchtigung der Perspektivenvielfalt.
6.1 – 8.0	Schwerwiegende Abweichung vom Ausgewogenheitsgebot. Hoher Abweichungsgrad	Ausgeprägte, sendungsübergreifende Muster; hohe Wirkungsrelevanz.
8.1 – 10	Fundamentale systemische Einseitigkeit. Sehr hoher Bias-Grad	Maximale Ausprägung über fast alle Kriterien; systematisch einseitige Berichterstattung.

Parteilichter Bias (-5 bis +5)

-5 bis -3	Stark benachteiligt	Partei wird in Darstellung, Redezeit oder Framing deutlich schlechter gestellt.
-2 bis -1	Leicht benachteiligt	Erkennbare, aber schwache Benachteiligung.
0	Neutral	Keine feststellbare Bevorzugung oder Benachteiligung.
+1 bis +2	Leicht begünstigt	Erkennbare, aber schwache Bevorzugung.
+3 bis +5	Stark begünstigt	Partei wird in Darstellung, Redezeit oder Framing deutlich bevorzugt.



KAPITEL 5 — RECHTLICHE EINORDNUNG (§4 ORF-Gesetz)

Bewertung nach §4 ORF-Gesetz

§4 ORF-Gesetz verlangt: Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung, Berücksichtigung der Meinungsvielfalt, Ausgewogenheit der Programme.

Verstoß 1:

Norm: §4 Abs. 1 ORF-Gesetz (Objektivität und Unparteilichkeit)

Tatbestand: Im Hauptthema (Doppelbudget 2027/28) kommt kein Regierungsvertreter zu Wort. Die Berichterstattung stützt sich ausschließlich auf Kritiker der Regierungsmaßnahme.

Beleg: Zeitstempel 00:41–06:37 — gesamter Budget-Block ohne Regierungsstimme; Zeitstempel 04:49 — " Klären wir noch einmal, wer von diesem Budget profitiert und wer zahlen muss" (Fragestellung präsupponiert Gewinner-Verlierer-Schema)

Bewertung: Die einseitige Darstellung einer Regierungsmaßnahme ohne Einholung der Regierungsposition verletzt das Gebot der Unparteilichkeit. §4 Abs. 1 verlangt, dass alle relevanten Positionen zu einem Thema angemessen berücksichtigt werden. Das vollständige Fehlen der Regierungsperspektive ist nicht durch redaktionelle Entscheidungsfreiheit gedeckt, wenn es ein konsistentes Muster darstellt.

Verstoß 2:

Norm: §4 Abs. 5 ORF-Gesetz i.V.m. §10 Abs. 7 (angemessene Berücksichtigung aller Nationalratsparteien)

Tatbestand: NEOS (18 Sitze, 4. stärkste Partei im Nationalrat) ist in der gesamten Sendung nicht vertreten. Im Budget-Block kommen nur Grüne und FPÖ als Oppositionsparteien zu Wort.

Beleg: Gesamte Sendung — keine NEOS-Erwähnung; Zeitstempel 03:57–04:42 — nur Grüne und FPÖ als Oppositionsstimmen

Bewertung: §10 Abs. 7 ORF-Gesetz verlangt angemessene Berücksichtigung aller im Nationalrat vertretenen Parteien. Das vollständige Fehlen von NEOS in einer Sendung über das Hauptthema Budgetpolitik — einem Kernthema der NEOS-Programmatische — ist nicht mit diesem Gebot vereinbar.

Verstoß 3:

Norm: §4 Abs. 1 ORF-Gesetz (Objektivität — Trennungsgebot Nachricht/Meinung)

Tatbestand: Normative Wertungen im Nachrichtentext ("Die Wirtschaft ist sicher eine Gewinnerin", "unfassbaren Reichtum angehäuft") werden nicht als Meinung gekennzeichnet, sondern als faktische Einordnung präsentiert.

Beleg: Zeitstempel 05:31 — "Die Wirtschaft ist sicher eine Gewinnerin"; Zeitstempel 07:56 — "unfassbaren Reichtum angehäuft"

Bewertung: Das Gebot der Objektivität verlangt die klare Trennung von Nachricht und Kommentar. Normative Adjektive ("sicher", "unfassbar") im Nachrichtentext ohne Kennzeichnung als Meinung verstoßen gegen dieses Trennungsgebot.

Gesamtbewertung §4 ORF-Gesetz

Die analysierte ZIB-Sendung weist drei nachweisbare Verstöße gegen §4 ORF-Gesetz auf: das vollständige Fehlen der Regierungsperspektive im Hauptthema (§4 Abs. 1), das Fehlen von NEOS als viertstärkster Nationalratspartei (§10 Abs. 7), sowie normative Wertungen im Nachrichtentext ohne Kennzeichnung als Kommentar (§4 Abs. 1 Trennungsgebot). Keiner dieser Verstöße ist für sich genommen als schwerwiegend einzustufen — eine Einzelsendung kann nicht alle Parteien und Perspektiven abbilden. Im Kontext einer systematischen Analyse wäre zu prüfen, ob diese Muster in der ZIB-Berichterstattung über die FPÖ-ÖVP-Koalition konsistent auftreten; erst dann wäre ein Verstoß gegen das Ausgewogenheitsgebot der Programme (§4 Abs. 5) rechtlich belastbar feststellbar. Die vorliegende Einzelsendung begründet einen begründeten Anfangsverdacht, der einer weitergehenden Prüfung durch den ORF-Publikumsrat oder die Regulierungsbehörde KommAustria zugänglich wäre.



KAPITEL 6 — Quellen-Tiefencheck

1. GPA (Gewerkschaft der Privatangestellten)

- 1. FINANZIERUNG:** Mitgliedsbeiträge der Arbeitnehmer; Teil des ÖGB. Strukturell SPÖ-nah (historische Verbindung, personelle Überschneidungen).
- 2. MANDAT:** Interessenvertretung der Arbeitnehmer — nicht kompatibel mit neutraler Einschätzung von Budgetmaßnahmen, die Arbeitgeber entlasten.
- 3. INTERESSENKONFLIKT:** Institutionelles Interesse an Arbeitnehmerfreundlicher Politik; Forderung nach Millionärssteuer ist SPÖ-Kernposition.
 - D1 Interessenkonflikt: -2 — klarer struktureller Interessenkonflikt
 - D2 Persönliches Risiko: 0 — kein persönliches Risiko
 - D3 Fachkompetenz: +1 — Fachkompetenz in Arbeitnehmerrecht, nicht in Fiskalpolitik
 - D4 Konsistenz: +2 — konsistente Gewerkschaftsposition
 - D5 Emotion vs. Daten: 0 — teils emotional ("Millionärssteuer"), teils sachlich
 - D6 Quellenstufe: 0 — Sekundär**TOTAL: +1 → QUELLENAMPEL: GELB**
- 5. GEGENSTIMME:** WKO (Wirtschaftskammer) oder Industriellenvereinigung fehlen als Gegenstimme.

2. Wirtschaftsexpertin (anonym)

- 1. FINANZIERUNG:** Unbekannt — keine Identifikation möglich.
- 2. MANDAT:** Unbekannt.
- 3. INTERESSENKONFLIKT:** Nicht beurteilbar.
- 4. GLAUBWÜRDIGKEITSMATRIX:** Wie in Kriterium 1 dargestellt: TOTAL: +2 → QUELLENAMPEL: GELB
- 5. GEGENSTIMME:** Ökonom mit positiver Einschätzung der Maßnahmen fehlt.

WICHTIG: Die Anonymität der Expertin ist selbst ein Befund. Eine nicht identifizierbare Quelle kann nicht auf Interessenkonflikte geprüft werden. Die Rahmung als "Expertin" ist eine soziale Zuschreibung ohne überprüfbare Grundlage.

3. Transparency International Budapest

- 1. FINANZIERUNG:** International durch Mitgliedsbeiträge, Spenden, öffentliche Förderungen (u.a. EU, nationale Regierungen, Open Society Foundations). Strukturell westlich-liberal ausgerichtet.
- 2. MANDAT:** Anti-Korruptions-NGO — Mandat ist kompatibel mit Korruptionskritik, aber nicht mit neutraler Einschätzung von Regierungen, die TI als korrupt einstuft.
- 3. INTERESSENKONFLIKT:** Institutionelles Interesse an Relevanzverlust durch Korruptionsnachweis; Finanzierung durch Quellen, die Orbán-kritisch sind (Open Society Foundations von George Soros, der von Orbán als Feind bezeichnet wird).
- 4. GLAUBWÜRDIGKEITSMATRIX:** Wie in Kriterium 1 dargestellt: TOTAL: +4 → QUELLENAMPEL: GELB
- 5. GEGENSTIMME:** Ungarische Regierungsposition, unabhängiger Wirtschaftsexperte oder Orbán-naher Analyst fehlen vollständig.

WICHTIG: TI Budapest ist eine fachkompetente Organisation, aber kein neutraler Akteur in der ungarischen Innenpolitik. Die Rahmung als neutrale Fachinstanz ("erklärt uns der Chef von Transparency International") verschleiern den strukturellen Interessenkonflikt.

Analyse erstellt gemäß Methodischer Grundsatz K11+K8 (Version 3.0-detail). Alle Befunde basieren ausschließlich auf dem vorliegenden Transkript. Zeitstempel beziehen sich auf die im Transkript angegebenen Zeitmarken.



Quellenampel für die Teilnehmer:

Quelle	D1	D2	D3	D4	D5	D6	Total	Ampel
GPA (Gewerkschaft der Privatangestellten)	-2	0	+1	+2	0	0	+1	GELB

Rechtliche und methodische Einordnung

Kein Tatsachenurteil	Die dargestellten Ergebnisse stellen keine Tatsachenfeststellungen über einzelne Personen, Redaktionen oder Sendungen dar. Sie sind als Ergebnis einer standardisierten Operationalisierung zu verstehen, nicht als Feststellung individueller Verantwortlichkeit.
Kein Rechtsurteil	Der aggregierte Abweichungsindex ersetzt keine rechtliche Würdigung im Sinne von §4 ORF-G. Die Beurteilung, ob eine konkrete Sendung gegen gesetzliche Vorgaben verstösst, obliegt ausschliesslich den zuständigen Instanzen (insbesondere KommAustria).
Kein Kausalitätsnachweis	Statistische Korrelationen sind nicht als Nachweis kausaler Zusammenhänge oder redaktioneller Absichten zu interpretieren. Abweichungswerte können durch Themenwahl, Nachrichtenlage, politische Kontroversität oder Formatlogik beeinflusst werden.
Kein Absichtsurteil	Die Analyse misst beobachtbare Strukturmerkmale von Sendungen. Ein Score von 7 bedeutet, dass eine erhebliche Schiefelage festgestellt wurde — nicht, dass die Redaktion dies beabsichtigte. Die Methodik trifft keine Aussagen über Motive oder strategische Zielsetzungen.
Heuristisches Vergleichsinstrument	Der Index dient der vergleichenden Mustererkennung über Tausende von Sendungen, nicht der präzisen metrischen Vermessung einzelner Beiträge. Schwellenwerte dienen der heuristischen Orientierung, nicht der scharfen rechtlichen Qualifikation.



ANHANG 1: LANDESGESETZGEBUNG

Rechtsgrundlage Oesterreich — ORF

Gesetz

ORF-Gesetz (ORF-G, BGBl. Nr. 379/1984 idF)

Relevante Artikel

- ORF-G §4 Abs. 5: Die Information hat umfassend, unabhängig, unparteilich und objektiv zu sein. Alle Nachrichten und Berichte sind sorgfältig auf Wahrheit und Herkunft zu prüfen, Nachricht und Kommentar deutlich voneinander zu trennen.
- ORF-G §4 Abs. 5a: In der Gesamtheit der Programme ist für die Vielfalt und Ausgewogenheit zu sorgen.
- ORF-G §10 Abs. 7: Angemessene Berücksichtigung aller im Nationalrat vertretenen Parteien.
- ORF-G §4 Abs. 1: Auftrag zu einem differenzierten Gesamtprogramm, das umfassend, unabhängig, unparteilich und objektiv ist.

Kernpflichten

- 1. Objektivität und Unparteilichkeit:** Umfassende, unabhängige, unparteiliche Information
- 2. Trennung Nachricht/Kommentar:** Deutliche Unterscheidung
- 3. Parteienberücksichtigung:** Alle Nationalratsparteien angemessen berücksichtigen
- 4. Gesamtprogramm-Vielfalt:** Vielfalt und Ausgewogenheit über alle Programme

Aufsichtsbehörde

- KommAustria (Kommunikationsbehörde Austria): Medienregulierungsbehörde
- Bundeskommunikationssenat: Beschwerdeinstanz
- Publikumsrat: Vertretung der Hörer und Seher

Beschwerdeverfahren

1. ORF-Publikumsrat
2. KommAustria
3. Bundeskommunikationssenat
4. Verwaltungsgerichtshof



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

ANHANG 2: WISSENSCHAFTLICHE GRUNDLAGEN

Literatur

- Bennett, W. L. (1990). Toward a theory of press-state relations in the United States. *Journal of Communication*, 40(2), 103–125.
- Berelson, B. (1952). *Content analysis in communication research*. Free Press.
- Entman, R. M. (1993). Framing: Toward clarification of a fractured paradigm. *Journal of Communication*, 43(4), 51–58.
- fög – Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft (2024). *Jahrbuch Qualität der Medien 2024*. Schwabe.
- Gilardi, F., Alizadeh, M. & Kubli, M. (2023). ChatGPT outperforms crowd workers for text-annotation tasks. *PNAS*, 120(30).
- Iyengar, S. & Kinder, D. R. (1987). *News that matters: Television and American opinion*. University of Chicago Press.
- Jolly, S. et al. (2022). Chapel Hill Expert Survey trend file, 1999–2019. *Electoral Studies*, 75, 102420.
- Krippendorff, K. (2004). *Content analysis: An introduction to its methodology* (2nd ed.). Sage.
- McCombs, M. E. & Shaw, D. L. (1972). The agenda-setting function of mass media. *Public Opinion Quarterly*, 36(2), 176–187.
- Shoemaker, P. J. & Vos, T. P. (2009). *Gatekeeping theory*. Routledge.
- SVFAB (2026). *Methodenbericht v4.1: Zählbare Kriterien und Multi-Modell-Kreuzvalidierung*.
- Törnberg, P. (2023). ChatGPT-4 outperforms experts and crowd workers in annotating political Twitter messages. arXiv:2304.06588.

SVFAB Working Papers

- Schläpfer, D. (2026). Systematic AI-Assisted Analysis of Public Broadcaster Impartiality: A Scalable Methodological Framework for Measuring Structural Bias in Public Service Media. [SSRN 6688478](#)
- Schläpfer, D. (2026). Measuring Editorial Noise: A Retrospective Suppression Index for Public Broadcasting Content Analysis. [SSRN 6733280](#)
- Schläpfer, D. (2026). Source Traffic Light: A Six-Dimensional Credibility Framework for Systematic Source Assessment in Public Service Media. [SSRN 6733880](#)

David Schläpfer — ORCID: 0009-0000-5671-9266

SVFAB — Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung | Postfach, 8021 Zürich 1 | www.svfab.ch | kontakt@svfab.ch | Methodenbericht März 2026 | Konverter 3.4 (2026-05-20)



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

Auswertungen und Mitgliedschaft beim SVFAB

Beim SVFAB.ch erhalten Sie nicht nur weitere detaillierte Auswertungen, sondern können sich solche zu beliebigen Sendungen erstellen lassen (das verrechnen wir).

Um unsere Arbeit solide zu machen, sind wir auf Mitglieder- und Gönnerbeiträge angewiesen.

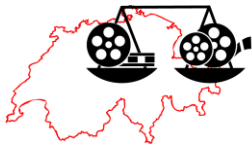
Kontakt und weitere Informationen:

www.SVFAB.ch | Kontakt@SVFAB.ch

Bankverbindung: PostFinance – POFICHBE

IBAN: CH32 0900 0000 1675 6251 1

Empfänger: SVFAB, Postfach, CH-8021 Zürich 1



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

Sie erhalten beim SVFAB folgende Bücher

Bestellungen über www.svfab.ch oder kontakt@svfab.ch



Unausgewogene Berichterstattung ist die Antwort auf die Halbierungsinitiative in der Schweiz: Hier werden die Manipulationstechniken im Detail erläutert, angefangen bei der Auswahl der Mitarbeiter und der Quellen-selektion. Danach werden 15 Prinzipien erläutert: Auslassung, Framing, zeitliches Framing, Kontaktschuld, Emotionalisierung, Kontextentfernung und viele mehr, erläutert an vielen Beispielen. Zusätzlich wird erkennbar, wo wir selbst diese Techniken anwenden – das fördert nicht nur die Erkenntnis sondern auch das Mitgefühl.

Optional kommt das Buch mit **Spielkarten**
Auch erhältlich als **Hörbuch**



Das Interview ist kein Gespräch. Es ist eine Bühne – und jemand anderes hat das Drehbuch geschrieben.

Wer das nicht weiss, liefert Material. Gute Zitate, die falsch geschnitten werden. Richtige Aussagen, die im falschen Kontext landen. Ehrliche Antworten, die als Geständnisse gerahmt werden. Dieses Buch ist kein Medienkritik-Buch. Es ist ein Werkzeugkasten – für alle, die ein Mikrofon vor der Nase haben und wissen wollen, was sie dagegen tun können. 7 Kapitel. 7 Werkzeuge: Was ein Interview wirklich ist. Die 7 häufigsten Fallen. Die drei Grundprinzipien der Souveränität – Anker, Umrahmen, Abgrenzen. Vorbereitung in einer Stunde. Körper und Stimme. Was tun, wenn es schief läuft. Und was nach dem Interview zählt.

Für Politiker, Aktivisten, Unternehmer, Whistleblower – für alle, die exponiert sind und verstehen wollen, wie das Spiel funktioniert. Damit sie aufhören, es mitzuspielen – und anfangen, es zu gestalten. In A5. Direkt. Zur Vorbereitung, zum Nachschlagen, zur Nachbereitung und bei Schwierigkeiten



Du denkst, du siehst die Welt. In Wirklichkeit siehst du den Rahmen, den jemand um sie gelegt hat. Framing ist die älteste und eleganteste Manipulationstechnik der Welt. Sie verändert nicht die Fakten – sie verändert, was wir aus den Fakten machen. Wie wir fühlen. Was wir glauben. Wie wir entscheiden. Und sie funktioniert – weil wir alle mitmachen. Täglich. Unbewusst. Auch du. Dieses Buch ist kein trockenes Lehrbuch. Es ist ein Übungsbuch – spielerisch, direkt, voller Beispiele aus dem echten Leben. Du lernst nicht nur, wie andere dich framen. Du lernst, wie du selbst framest – und wie du es bewusst und fair einsetzen kannst.

Denn wer Framing versteht, sieht die Welt klarer. Hört Nachrichten anders. Führt Gespräche souveräner. Und lässt sich nicht mehr so leicht einen Rahmen aufzwingen, den jemand anderes gewählt hat.



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

Mit vielen Übungen und konkreten Beispielen aus Politik, Medien und Alltag – und dem einen oder anderen Schmunzeln.

Framing mit Stil. Weil der Rahmen alles verändert.



Die SRG kassiert 1.56 Milliarden Franken pro Jahr – zwangsweise, von jedem Haushalt. Wer sich ungerecht behandelt fühlt, kann sich beschweren. Es gibt sogar eine Instanz dafür: die UBI, die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen.

Nur: Sie ist nicht unabhängig. Sie hat keine Sanktionsmöglichkeiten. Und sie entscheidet in 99.6% aller Fälle: nichts.

Diese Analyse legt das System offen – sachlich, präzise, ohne Polemik. Verfahren, Personal, Befugnisse, Kosten, Statistik, Rechtsweg. Und die staatsrechtliche Prüfung, die zeigt: Das UBI-System erfüllt keines der drei grundlegenden Kriterien – es ist nicht angemessen, nicht gewaltenteilig, nicht marktwirtschaftlich.

Die Instanz, die Bürger schützen soll, schützt vor allem das System, das sie kontrollieren sollte.

Ein Pflichtlektüre für alle, die eine Beschwerde erwägen – und für alle, die verstehen wollen, warum echte Medienaufsicht in der Schweiz noch aussteht.